

Eröffnung

Vural Öger

Sehr verehrte Gäste, es ist für uns eine große Freude, in den letzten 10 Jahren für diese Journalistenseminare, die die Konrad-Adenauer-Stiftung seit nunmehr 23 Jahren veranstaltet, einen Beitrag geleistet zu haben, denn ich sehe es in meiner Eigenschaft als Türke, der in Europa lebt und Bürger eines europäischen Staates ist, dass die Vorurteile, die beide Länder voneinander hegen, während dieses gesamten Prozesses in großem Maße beeinflusst wurden; sowohl in Europa als auch in der Türkei konnte ich Zeuge des folgenden Umstandes werden: Wenn man neben diesen drei Machtzentren die Medien als die vierte Macht bezeichnet, so hat das wohl seine Richtigkeit, denn bei der Herausbildung gesellschaftlicher Denkmuster spielen die Medien eine

bedeutende Rolle. Das gilt sowohl für die Türkei als auch für Deutschland. Aus diesem Grunde haben die Medienvertreter eine wichtige Aufgabe auf sich genommen; ich hoffe, dass beide Seiten sich mit mehr Informationen und mit weniger Interpretationen darum bemühen, ihre jeweiligen Gesellschaften aufzuklären und die Rolle, die ihnen bei der Herausbildung ihrer Rechte zukommt, auch auszufüllen.

Wie Sie sicher wissen, bin ich seit 5 Jahren Mitglied des Europäischen Parlaments. Innerhalb dieser 5 Jahre habe ich natürlich viele neue Erfahrungen gewonnen und neue Beobachtungen tätigen können. Bei beiden Versammlungen möchte ich, falls es nötig sein sollte, meine eigenen Erfahrungen zu bestimmten Themen beisteuern.

Was ich dort vor allem gesehen habe, waren die Fehler, die hinsichtlich eines Verständnisses der EU auch in der Türkei zu bemerken sind; selbst wenn ich dies schon vorher wusste, so wurde mein Wissen doch vor Ort bestätigt. Die Türkei sieht die EU wie die USA an und misst ihr die gleichen Kräfte bei, als ob wir einen homogenen Staat vor uns hätten. Aber die EU ist kein Staat, sondern ein supranationales Gebilde, ein Zivilisationsprojekt, ein Prozess, der z. Zt. gerade abläuft. Obwohl sich dieses Staatengebilde von Jahr zu Jahr langsamer und schwerfälliger bewegt, ist es doch darum bemüht, die jeweiligen Gesellschaften in den Zustand einer geschlossenen, in sich homogenen Gemeinschaft mit allumfassender demokratischer Ausprägung überzuführen, wobei die individuellen Freiheiten immer im Vordergrund stehen. Gleichzeitig wird der bessere Zusammenhalt der jeweiligen Gesellschaften durch eine freie Marktwirtschaft ermöglicht, die an gewissen Punkten jedoch unter Kontrolle gehalten wird.

Bei Betrachtung der Türkei habe ich ein solches Bild vor Augen, und die Schwierigkeiten liegen hier. In letzter Zeit haben sich einige Leitartikler dieses Themas angenommen; einer jüngst durchgeführten Umfrage zufolge, bei der türkische Mitbürger nach den Werten befragt worden sind, die für sie das Wichtigste darstellen, haben 62% den Islam angegeben und nur 13% die Demokratie. Wenn nur 13% einer Gesellschaft die Demokratie als das Wichtigste im Leben eines jeden Menschen ansieht, muss man zugeben, dass eine solche Gesellschaft vor großen Problemen steht.

Wir kritisieren stets das Verhalten der Mitgliedsländer der EU und sind dabei in den meisten Fällen im Recht. Es gibt tatsächlich viele Punkte, die kritikwürdig sind, denn die Grundlagen des europäischen Rechts, die im Lateinischen mit „*pacta sunt servanda*“ umschrieben werden, was auch bei uns als aus dem Arabischen entlehntes Sprichwort in Umlauf ist, erfordern, dass man sich an die Verträge zu halten hat. Immer wenn ich auf Versammlungen in einem europäischen Land diese Frage stelle, geraten einige unserer europäischen Freunde in Schwierigkeiten, denn bereits im Jahre 2005 wurde ein Übereinkommen darüber erzielt, mit uns die Mitgliedsverhandlungen aufzunehmen. Diese Entscheidung ist als Ratsbeschluss ergangen, bei dem 15 Ministerpräsidenten europäischer Länder kamen und ihre Unterschrift leisteten. Es ändern sich aber die Regierungen in einigen Ländern, und die neuen Machthaber sagen dann nein zum Beitritt und fordern den Abschluss einer außerordentlichen Partnerschaft. Ein solches Vorgehen verträgt sich nicht mit den europäischen Rechtsvorstellungen; deshalb opponiere ich immer auf das Heftigste dagegen.

Eröffnung

Ein anderes Thema betrifft die Tatsache, dass wir das, was uns unsere europäischen Freunde bisweilen hier vortragen, sogleich als im Namen der EU ausgesprochen betrachten. Wenn Herr Lagendeik kommt und etwas sagt, dann heißt es gleich, die EU sei der und der Meinung. Wenn in England ein Parlamentsabgeordneter, den wir für nicht ganz richtig im Kopf halten, in gewöhnlichen Worten von außerparlamentarischen Themen spricht, dann heißt es sogleich in den Zeitungen, dass dies jetzt der Wunsch und Wille Europas sei. Die Auffassung, dass solche Worte nicht von einem Parlamentsabgeordneten, sondern von der EU als Institution geäußert worden sind, ist zur Gänze falsch.

EU ist auch nicht gleich EU: Deutschland ist ein sehr großes Land, und ich bin deutscher Staatsbürger, aber die EU umfasst 27 Staaten. Wenn Sie von diesen Ländern die 5 beiseite lassen, in denen sich türkische Migranten aus unseren Dörfern niedergelassen haben, dann sehen Sie, dass die verbleibenden 22 Länder ähnliche Ansichten in Bezug auf die zwischen der Türkei und der EU anstehenden Themen haben. Portugiesen, Italiener, Spanier, Engländer, Schweden, selbst das neu aufgenommene Polen unterstützen allesamt die Türkei. In den Ländern, die Migranten aufgenommen haben, wie z.B. Deutschland, Frankreich, Österreich, z.T. Dänemark, z.T. Holland, z.T. Belgien, halten sich bestimmte Vorurteile in hartnäckiger Weise. Ich werde darauf aber am Nachmittag noch eingehen. Zum Ende meines Vortrages möchte ich nur noch folgendes bemerken:

Wenn nur die Politiker und hier vor allem die deutschen Christdemokraten oder die Christlich-Soziale Union dieses Thema nicht für den Wahlkampf ausschlichten würden: Vor drei Tagen

besuchte ich München und rieb mir während dieses Besuchs vor Verwunderung die Augen: Die Straßen Münchens waren voll mit Plakaten gegen die Türkei. Es hieß nur „Nein zur Türkei, Nein zur Türkei“. Das ist sehr beschämend. Vor allem beschämend deswegen, weil die Bundeskanzlerin dieses Landes vor drei Jahren eine Entscheidung getroffen hat, nach der die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei als aufgenommen gelten konnten. Ich kenne aber Posselt, der dahintersteht; ich habe zahllose Diskussionen mit ihm darüber im Parlament geführt.

Was die Türkei betrifft, so wartet auf die türkische Presse viel Arbeit. Einige Kollegen – ich sage es hier ganz offen – haben mit wenig Informationen bedeutende Interpretationen angestellt und die Dinge in einer fast faschistisch zu nennenden Weise beschrieben. Mit einigen von ihnen habe ich an einer Fernsehdiskussion teilgenommen und mich gegen ihre Überzeugungen gewehrt. Deswegen sind solche Versammlungen auch von großem Nutzen. Hierbei haben nämlich türkische und europäische Journalisten die Möglichkeit, einen gegenseitigen Gedankenaustausch zu pflegen und voneinander zu lernen. Ich sehe jedes Mal, dass die Journalisten, die in die Türkei kommen und in Kontakt mit türkischen Bürgern treten, nach ihrer Rückkehr sehr kritisch geworden sind, d.h., bei der Wiedergabe eines Themas ihre Gefühle beiseite lassen und sich realistischerer Aussagen bedienen. Das muss eigentlich auch auf allen Gebieten so sein. Wenn die Türkei eines Tages in die EU aufgenommen werden wird – und ich persönlich bin davon überzeugt – dann müssen alle Menschen, egal welchen Beruf sie auch ausüben, zusammenkommen, um sich in ihrer Gesamtheit besser kennenzulernen.

Eröffnung

Solange wir nicht die Unterstützung der europäischen Völker gewinnen können, wird sich dieser Prozess in die Länge ziehen. Die Medien müssen hierbei stets eine Vorreiterrolle spielen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle noch einmal der Konrad-Adenauer-Stiftung und meinem Freunde Jan gratulieren und dabei zum Ausdruck bringen, dass ich während der ganzen Zeit, in der die von mir gegründete deutsch-türkische Stiftung besteht – ich vermute und hoffe, dass es ein sehr langer Zeitraum sein wird – diese Art Treffen und Sitzungen immer unterstützen werde. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Verlauf des 2-tägigen Symposiums.